Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7540**
14. Wahlperiode 20. 11. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heidi Lippmann, Wolfgang Gehrcke, Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/5509 –

Völkerrechtliche Ächtung von Munition, die Uran oder andere radioaktive Elemente enthält

A. Problem

Bei der Untersuchung von Munitionsresten im Kosovo fand die UNEP, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, Spuren des Uranisotop U 236 in einer Konzentration von 0,0028 Prozent. Dieses Indiz legt die Vermutung nahe, dass bei der Herstellung von panzerbrechender Munition unter anderem auch abgereichertes Uran aus der Wiederaufarbeitung von Brennelementen verwendet wurde. Uran aus diesen Quellen enthält immer auch Plutonium. In der Wissenschaft gilt es als gesichert, dass die Inkorperation selbst geringster Mengen Uran, seiner Isotope sowie von Uranoxiden zu gesundheitlichen Schäden führt.

Soldaten können sich im Allgemeinen durch geeignete Maßnahmen ausreichend schützen und sind in der Regel nur über einen begrenzten Zeitraum exponiert. Die in den betroffenen Gebieten lebende Zivilbevölkerung dagegen ist dieser Gesundheitsgefährdung völlig ungeschützt ausgesetzt.

Im Einsatz deutscher Soldaten gelten die deutschen Umweltschutzbedingungen und die darauf aufbauenden Vorschriften oder die Normen des Einsatzlandes, sofern diese höher sind. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, sich zunächst in einem ersten Schritt auf dem Weg zur weltweiten Ächtung, innerhalb der NATO für einen Verzicht auf uranhaltige Munition einzusetzen. Parallel dazu sollten auf internationaler Ebene die völkerrechtlichen Grundlagen geschaffen werden, um uranhaltige Munition dauerhaft aus den militärischen Arsenalen zu entfernen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5509.

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschliessen,

den Antrag auf Drucksache 14/5509 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2001

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Vorsitzender

Uta Zapf
Berichterstatterin

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Uta Zapf, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Helmut Lippelt, Ulrich Irmer und Wolfgang Gehrcke

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 14/5509 in seiner 176. Sitzung am 21. Juni 2001 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend, an den Rechtsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 105. Sitzung am 14. November 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und FDP bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 25. September 2001 auf Wunsch der Fraktionen wegen des Zeitdrucks aus aktuellem Anlass nicht beraten.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 108. Sitzung am 10. Oktober 2001 einstimmig beschlossen, von der Mitberatung abzusehen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 25. September 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der PDS bei Enthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 81. Sitzung am 10. Oktober 2001 den Antrag beraten. Er empfiehlt dem Plenum vorbehaltlich der Votierung durch den Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der PDS die Ablehnung.

Berlin, den 10. Oktober 2001

Uta Zapf
Berichterstatterin

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

Dr. Helmut Lippelt
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333